

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**17/4245**

Alle Abg

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/11100  
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)  
Drucksache 17/11850 (Ergänzung)

**Einzelplan 06** - **Ministerium für Kultur und Wissenschaft**  
**(Kapitel 06 070)** - **(Landeszentrale für politische Bildung)**

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Hauptausschusses**

### **Votum**

Der Einzelplan 06, Kapitel 06 070 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses wird in unveränderter Fassung angenommen.



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) - Drucksache 17/11100 - wurde vom Plenum nach 1. Lesung am 7. Oktober 2020 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Dem Haushaltsentwurf wuchs am 10. November 2020 mit Drucksache 17/11800 eine Ergänzungsvorlage der Landesregierung zu. Am 13. November 2020 wuchs dem Haushaltsentwurf eine weitere Ergänzungsvorlage mit der Drucksache 17/11850 zu.

### **B Beratungen**

Der Einzelplan 06, Kapitel 06 070 - Landeszentrale für politische Bildung - im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses wurde vom Hauptausschuss in dessen Sitzung am 5. November 2020 erstmalig beraten. Die Vorlage 17/3967 (Erläuterungsband zu Einzelplan 06), die Vorlage 17/4154 (Beantwortung von Fragen der Fraktion der SPD) und die Vorlage 17/4153 (Beantwortung von Fragen der Fraktion der AfD) und die Vorlage 17/4152 (Beantwortung der Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) flossen in die Beratungen ein.

Ein Berichterstattegespräch zu Einzelplan 06 erfolgte nicht.

Die abschließende Beratung und Abstimmung fand in der Sitzung am 19. November 2020 statt.

### **C Anträge der Fraktionen**

Die aus der Anlage ersichtlichen 5 Änderungsanträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD zu Einzelplan 06, im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses wurden im Fachausschuss in der Sitzung am 19. November 2019 abschließend beraten.

Zu den Begründungen der Antrag stellenden Fraktion bzw. Fraktionen sowie den Abstimmungsergebnissen zu den Anträgen im Einzelnen wird auf die Anlage verwiesen.

Kein Änderungsantrag fand die erforderliche Mehrheit.

### **D Gesamtabstimmung**

Bei der Abstimmung über den Einzelplan 06, Kapitel 06 070 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses sprach sich der Hauptausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für dessen Annahme aus.

Dr. Marcus Optendrenk  
Vorsitzender

## **Anlage**





**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung</b>  <b>Titel 684 22 Beratungsleistungen gegen</b>  <b>Rechtsextremismus und Rassismus</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></span>  von 3.001.000 Euro  um 1.000.000 Euro  auf 4.001.000 Euro <span style="float: right;">3.150.000 Euro</span></p> <p><b>Begründung:</b>  Die Mittel dienen der Stärkung der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Aufgrund der steigenden Zahl von Beratungsfällen bestehen finanzielle Mehrbedarfe bei den Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, den beiden spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie bei der zivilgesellschaftlich getragenen Aussteigerberatungsstelle „NinA NRW“. Zudem sollen weitere Kommunen die Möglichkeit haben, sich Mittel aus dem Förderprogramm „NRWeltoffen“ zu beantragen.</p> <p>Die vorgesehenen Mittel sollen wie folgt verteilt sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 500.000 Euro für die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus</li> </ul>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  FDP nein  GRÜNE ja  AfD nein</p>

		<ul style="list-style-type: none"><li>• 200.000 Euro für die beiden spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt</li><li>• 100.000 Euro für die Aussteigerberatung „Nina NRW“</li><li>• 200.000 Euro für das kommunale Förderprogramm „NRWelt offen“</li></ul>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 06 070      Kapitel-Landeszentrale für politische Bildung</b>  <b>Titel 684 23      Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021                                  Ansatz lt. HH 2020</b>  von    250.000 Euro                        250.000 Euro  um    250.000 Euro  auf        0 Euro</p> <p>Begründung: Die Streichung trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen Salafismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Es wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Salafismus ausgehen, eine signifikant unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials und unter weitergehender Berücksichtigung des Umstandes, dass die Beratungsleistungen im Übrigen auch die Gefahren, die vom Islamismus ausgehen, abbilden sollten, erscheint es angebracht, ersatzweise einen neuen Titel einzuführen, der Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Islamismus beinhaltet.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein  SPD        nein  FDP        nein  GRÜNE    nein  AfD        ja</p>





**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p><b>Kapitel 06 070</b>      <b>Kapitel-Landeszentrale für politische Bildung</b>  <b>Titel 684 25</b>      <b>Beratungsleistungen gegen Linksextremismus</b></p> <p>Einführung eines neuen Titels</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von                      0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um     1.625.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf    1.625.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Einführung eines neuen Titels trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen Salafismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Es wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Islamismus ausgehen, eine signifikant unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials, erscheint es angebracht, einen neuen Titel einzuführen der Beratungsleistungen gegen Linksextremismus i.H.v. 1.625.500 Euro abbildet.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von                      0 Euro	0 Euro	um     1.625.500 Euro		auf    1.625.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
von                      0 Euro	0 Euro																				
um     1.625.500 Euro																					
auf    1.625.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				